

Verstärkte Streife bei früherer Synagoge

Polizei sieht aber „keine Bedrohungslage“ / Jüdische Gemeinde im Landkreis: Schlimmste Situation seit 25 Jahren

VON STEFAN ROTHE

STADTHAGEN. Alarmiert reagiert der Förderverein ehemalige Synagoge Stadthagen auf die anti-jüdischen Auswüchse bei Demonstrationen an verschiedenen Orten in Deutschland. Als er von einem Mitglied der jüdischen Gemeinde in Minden erfahren habe, in sozialen Netzwerken werde zur Beschädigung jüdischer Einrichtungen aufgefordert, habe er Kontakt zur Polizei aufgenommen, berichtet Andreas Kraus, der Vorsitzende des Fördervereins.

Die hiesige Polizeiinspektion sieht in Stadthagen diesbezüglich „keine Bedrohungslage“, teilt Sprecherin Julia Hase dazu mit. „Es ist so weit alles ruhig.“ Allerdings werde

mit Blick auf die frühere Synagoge und den jüdischen Friedhof präventiv verstärkt Streife gefahren, fügt Hase hinzu. Mit diesem Vorgehen der Polizei zeigt sich Kraus einverstanden: „Das ist ausreichend und basiert auf einer realistischen Einschätzung“. Auch er sehe „trotz eines gewissen anti-semitischen Bodensatzes in der Bevölkerung kein explizites Bedrohungs-Szenario“.

Rechtsextreme Umtriebe habe es in Stadthagen lange nicht gegeben, fügt Kraus hinzu: „Wir hatten noch nie entsprechende Schmierereien an der früheren Synagoge.“ Ebenso gebe es in der Kreisstadt keine Anzeichen für radikal-islamische Aktionen. So sei beispielsweise die Ditib-Moschee sogar Mitglied im

Förderverein.

Von „Sorge und Angst“ spricht Marina Jalowaja, die Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde im Landkreis Schaumburg. Übergriffe könnten letztlich überall passieren, sagt sie, „man weiß nie, wo anti-semitische Parolen plötzlich auftauchen“. Sie habe jedenfalls aus Sicherheitsgründen jede Nutzung des jüdischen Gemeindezentrums in Bad Nenndorf unterbunden, „weil ich es nicht verantworten kann“. Besonders die älteren Mitglieder der 116 Personen umfassenden Jüdischen Gemeinde im Landkreis Schaumburg seien sehr verunsichert, berichtet Jalowaja. In Stadthagen leben aktuell 13 Menschen jüdischen Glaubens. Die Situation sei bundesweit „die schlimmste



Bei der früheren Synagoge wird vermehrt kontrolliert. FOTO: RG

seit 25 Jahren, es ist sehr traurig“, so die Vorsitzende. „Gegen die israelische Politik etwas zu sagen und friedlich zu demonstrieren, gehört zur Demokratie, aber anti-semitische Hass-Parolen und Übergriffe sind nicht zu akzeptieren.“

Auch Mehmet Yabas, Vorsitzender der islamischen Di-

tib-Gemeinde in Stadthagen, sieht für die Kreisstadt keine Gefahr: „Es gibt keine muslimischen Extremisten in Stadthagen, da bin ich mir hundertprozentig sicher.“ Das sage er ausdrücklich auch mit Blick auf die anderen beiden ortsansässigen Moschee-Gemeinden. Die Ditib-Gemeinde pflege einen guten Kontakt zur Jüdischen Gemeinde in Schaumburg. Man habe Geld für die Sanierung der früheren Synagoge gespendet und sei Gast bei der Eröffnung dieses Lern- und Gedenkortes gewesen, berichtet Yabas. Was in Israel passiere, sei bedrückend, so der Vorsitzende: „Wir machen regelmäßig Bittgebete für den Frieden, dass beide Seiten die Waffen niederlegen sollen.“